

Dr. Maria Nooke

Juli 2009

Vom Mauerbau zum Mauerfall – Kurze Geschichte der Teilung

Am 13. August 1961, nachts um 1.00 Uhr, ging am Brandenburger Tor das Licht aus und Angehörige von Polizei und Kampfgruppen zogen an der Sektorengrenze auf. Zehn Minuten später meldete der DDR-Rundfunk, dass an der West-Berliner Grenze eine „Ordnung“ eingeführt würde, die eine „verlässliche Bewachung und Kontrolle“¹ gewährleiste. Innerhalb weniger Stunden sperrte die DDR-Führung die Grenze nach West-Berlin durch Stacheldrahtsperrern ab. In den folgenden Tagen und Wochen ließ sie eine undurchlässige Grenzanlage, die Berliner Mauer, bauen. Sie trennte die Millionenstadt in zwei Teile. Die Bilder von der Ungeheuerlichkeit dieser Grenzschießung gingen um die ganze Welt. Die Verzweiflung der betroffenen Menschen und die Ansicht vom Brandenburger Tor mit der menschlichen Mauer aus schwer bewaffneten Grenzposten haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingeprägt.

28 Jahre später, am 9. November 1989, stand das Brandenburger Tor wiederum im Mittelpunkt des weltweiten Interesses. Die Mauer war gefallen. Nun sah man Bilder von jubelnden Menschen, die auf der Mauerkrone vor dem Brandenburger Tor tanzten.

Die Euphorie über das Ende der Teilung bewegte nicht nur die Berliner, nicht nur die Deutschen in Ost und West, sondern wiederum die Menschen weltweit.

Mehr als 28 Jahre hat die Mauer Berlin geteilt. Ihr Anfang und ihr Ende markieren wichtige Stationen einer historischen Epoche, die unter dem Begriff „Kalter Krieg“ in die Geschichte eingegangen sind. Die Berliner Mauer offenbart die Unmenschlichkeit des DDR-Grenzregimes, dessen Menschenverachtung in Todesschießen auf Flüchtlinge seinen stärksten Ausdruck fand. Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde sie darüber hinaus zum Symbol für die friedliche Überwindung der Teilung. Mit dem Mauerfall war das Ende der DDR besiegelt und die Wiedervereinigung Deutschlands möglich geworden.

¹ Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin, 8. Aufl. 1999.

Deutschland unter Besatzung der Siegermächte des 2. Weltkrieges

Die Voraussetzungen für die deutsche Teilung lagen in dem von Nazideutschland angezettelten und verlorenen 2. Weltkrieg. Als sich die Niederlage Hitlerdeutschlands abzeichnete, verhandelten die Alliierten über eine territoriale Neuaufteilung des Landes nach dem Sieg der Anti-Hitlerkoalition. Sie legten die Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen fest und vereinbarten für die Reichshauptstadt Berlin einen Sonderstatus. Die Stadt sollte ebenfalls in vier Sektoren aufgeteilt werden und eine gemeinsame Militärkommandantur bekommen. Bei der Festlegung der Besatzungszonen und Sektoren orientierte man sich an den alten Landes- und Stadtbezirksgrenzen. Mit der Aufteilung des Landes sollte das Machtsystem Hitlers endgültig zerstört werden.

Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 wurde die Einsetzung eines Alliierten Kontrollrats als oberste Regierungsgewalt beschlossen. Damit waren die Grundlagen für die spätere Teilung Deutschlands gelegt. Allerdings gingen die Alliierten davon aus, daß es keine getrennten Zuständigkeiten in den einzelnen Besatzungszonen geben würde, sondern diese gemeinsam zu verwalten und zu regieren seien.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 einigten sich die Siegermächte auf die Grundlinien der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung Deutschlands. Dazu gehörten die Demokratisierung der politischen Strukturen, eine umfassende Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die Dekartellisierung der Wirtschaft und eine Dezentralisierung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Aber schon bei diesen Verhandlungen auf der Potsdamer Konferenz wurde deutlich, dass eine gemeinsame Deutschlandpolitik wegen der unterschiedlichen machtpolitischen Interessen nicht mehr möglich war.

In der Folgezeit zeigten sich die Auswirkungen der gegensätzlichen Interessen auch durch die Installierung unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden sozialökonomische Bedingungen als Grundlage für die Errichtung einer Volksdemokratie nach sowjetischem Vorbild forciert. Innerhalb kurzer Zeit konnte eine kommunistische Einparteienherrschaft errichtet werden und die Wirtschaft durch Vergesellschaftung von Eigentum in eine Planwirtschaft überführt werden. In den westalliierten Besatzungszonen entstanden dagegen wirtschaftliche und politische Strukturen, die in der demokratischen Tradition der westlichen Besatzungsmächte und einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung standen. Die Beziehungen zwischen den Alliierten verschlechterten sich auf Grund dieser unterschiedlichen Positionen stetig. Im März 1948 verließ der sowjetische

Vertreter den Alliierten Kontrollrat. Eine gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung für ganz Deutschland war damit gescheitert war. Die beiden Teile Deutschlands entwickelten sich immer mehr zu eigenständigen Staaten.

Die deutsche Bevölkerung reagierte auf ganz eigene Weise auf die Situation im besetzten Deutschland. Schon unmittelbar nach Kriegsende strömten Millionen von Menschen über die Demarkationslinien. Sie waren auf der Suche nach Heimat, Familienmitgliedern oder auch nur nach Verpflegung, um das Überleben zu organisieren. Dabei war die Wanderung aus der sowjetisch besetzten Zone in die westlich gelegenen Zonen von Anfang an immer größer als die von Westen nach Osten. Die Mehrzahl der Flüchtlinge waren Vertriebene aus den deutschen Ost-Gebieten, die nun zu Polen gehörten. Mit voranschreitender Sowjetisierung der Verhältnisse in der SBZ waren auch zunehmend politische und wirtschaftliche Gründe Anlass für Fluchten.

Den endgültigen Bruch zwischen den Alliierten löste die einseitig in den Westzonen durchgeführte Währungsreform aus. Um angesichts der schwierigen Versorgungslage und des florierenden Schwarzmarktes eine stabile Finanz- und Wirtschaftspolitik in Gang setzen zu können, und damit auch die Wirtschaftsentwicklung im westeuropäischen Kontext zu stärken, wurde am 20. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen und Westsektoren von Berlin eine Währungsreform durchgeführt und die Westmark zum offiziellen Zahlungsmittel erklärt. Eine Reaktion von Seiten der Sowjetunion war vorprogrammiert, da sonst die gesamte Wirtschaft in der SBZ zum Erliegen gekommen wäre. Denn das alte Geld floss dorthin, wo es noch Wert hatte – insbesondere nach Ost-Berlin. Am 24. Juni konterte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) mit der Einführung der Ostmark im sowjetischen Sektor von Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Gleichzeitig begann die Berlinblockade. Sämtliche Zugangswege nach West-Berlin wurden von der sowjetischen Seite unterbrochen. Der westliche Teil der Stadt war damit in seiner Existenz bedroht. Lebenswichtige Versorgungswege waren von einem Tag auf den anderen abgeschnitten. Lieferungen von Kohle, Strom und Lebensmitteln blieben aus. Die Sowjetunion wollte durch Aushungern der Bevölkerung Druck ausüben und Berlin dem Einfluss der Westmächte entziehen. Aber die West-Alliierten gaben Berlin nicht auf, sondern sorgten für das Überleben der Stadt durch eine Luftbrücke. Über Monate starteten und landeten im Minutentakt Flugzeuge der amerikanischen und britischen Luftwaffe mit den überlebenswichtigen Gütern zur Versorgung der Bevölkerung in der abgeriegelten Teilstadt. Diese Erfahrung, auf die Hilfe der westlichen

Siegermächte trauen zu können, führte bei den West-Berlinern zu einem grundsätzlichen Wandel im Verhältnis zu den Alliierten: aus Besatzern wurden Freunde. Sie hatte eine bleibende Wirkung, die sich auch in der Zeit nach dem Mauerbau widerspiegelte, als die Stadt wiederum einer extremen Situation unterworfen war.

Sicherung der Demarkationslinie und Einschränkungen zwischen den Zonen

Die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 und die Eskalation des Kalten Krieges wirkten sich gravierend auf die Absicherungen an den Demarkationslinien aus.² Anfangs galten die Grenzen zwischen den Besatzungszonen und den Berliner Sektoren lediglich als Verwaltungsgrenzen. Sie wurden aber im Zuge der Entwicklung zu politischen Einflussgrenzen und auch zu echten Zoll- und Wirtschaftsgrenzen.

Zunächst war das Passieren an der innerdeutschen Demarkationslinie ohne große Probleme möglich, allerdings jenseits der offiziellen Übergänge schon illegal. Bereits 1946 wurde in der SBZ auf Basis einer Kontrollratsdirektive der SMAD die Deutsche Grenzpolizei gegründet, die sowjetischen Dienststellen unterstand. Gleichzeitig wurde die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den drei Westzonen für drei Monate gesperrt, um den Abfluss von Gütern und die Abwanderung von Menschen einzudämmen. Ab 1948 wurde von Seiten der SBZ verstärkt nach sogenannten Grenzverletzern gefahndet. Man versuchte, Schiebern und Schmugglern das Handwerk zu legen, aber auch angebliche Saboteure und Spione aufzuspüren. Ab 1950 übertrug die SMAD der Grenzpolizei auch die Kontrollaufgaben an den Übergängen.

Zur Steuerung des Besucherverkehrs zwischen den westlichen Zonen und der SBZ erfolgte 1946 ebenfalls auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht die Einführung von Interzonenpässe. Diese hatten eine Gültigkeit von 30 Tagen und wurden für die Erledigung dringender familiärer und geschäftlicher Belange ausgestellt. Noch während der Berlin-Blockade erließ die SMAD eine Verfügung, wonach für Besucher der SBZ neben den Interzonenpässen auch eine Aufenthaltsgenehmigung notwendig wurde. Damit wollte man den Reise- und Besucherverkehr zwischen den Zonen generell einschränken. Ein illegales Überschreiten der „Grünen Grenze“ war zwar weiterhin möglich, viele wählten aber eher den ungefährlichen Weg über Berlin. Denn durch den Sonderstatus der Stadt war West-Berlin relativ frei zugänglich.

² Zur Entwicklung der innerdeutschen Grenze ausführlich Ritter, Jürgen/Lapp, Peter Joachim: Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, 5. Aufl., Berlin 2006.

Am 1. April 1948 wurde auf Weisung der SMAD um Berlin eine Polizeiformation „Ring um Berlin“ gebildet, die auf einer Strecke von 300 km um die gesamte Stadt, also auch um West-Berlin, Kontrollen durchführte. Dadurch sollte die offene Grenze so gut wie möglich überwacht werden, denn die Abwanderung aus dem sowjetischen Einflussbereich wurde zu einem immer größeren Problem. Bei Gründung der DDR im Oktober 1949 hatten bereits 1,9 Mio Bürger das Land Richtung Westen verlassen.

Die Gegensätze zwischen der Sowjetunion auf der einen Seite und den USA, Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite verhinderten den Abschluss eines Friedensvertrages. 1952 unternahm die Sowjetunion mit der Stalin-Note einen Vorstoß, um die deutsche Frage zur Sicherung der eigenen Einflussinteressen zu lösen. Stalin bot die Wiedervereinigung in einem neutralisierten Gesamtdeutschland an, freie Wahlen sollten unter alliierter Kontrolle stattfinden. Er wollte damit die Einbindung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis verhindern. Die Westmächte lehnten diesen Vorschlag als unglaubwürdig ab. Sie sahen darin den Versuch der Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf Deutschland.

Diese Ablehnung und die andauernde Abwanderung veranlasste die DDR-Behörden unter Einfluss der Sowjetunion, im Mai 1952 zwischen der DDR und der Bundesrepublik die Grenze zu schließen. Damit wurde die Demarkationslinie zu einer wirklichen innerdeutschen Grenze. Zur Absicherung der 1.378 km langen Grenzlinie wurde auf Anweisung der sowjetischen Kontrollkommission auf DDR-Seite eine 5 km breite Sperrzone mit gestaffelten Sicherheitsbereichen eingerichtet. Nur mit Genehmigung konnte die Sperrzone betreten oder befahren werden. Versammlungen und Veranstaltungen waren ab 22.00 Uhr verboten. Entlang der Grenzlinie wurde ein 10 m breiter Kontrollstreifen umgepflügt. Waldungen in diesem Bereich wurden abgeholzt. Dahinter wurden Wälle, Gräben und Stolperdrähte mit Alarmanlagen installiert. Das Überschreiten des 10-m-Kontrollstreifens war unter Androhung der Festnahme verboten. Bei Nichtbeachtung der Anordnungen der Grenzpolizei wurde geschossen.

An den 10-m-Streifen schloss sich ein 500 m breiter Schutzstreifen an, in dem ca. 110 Ortschaften lagen. Die Bewohner dieser Dörfer wurden besonders harten Bestimmungen unterworfen. Der Aufenthalt im Freien war im 500-Meter-Streifen nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang erlaubt, jeglicher Verkehr nach Einbruch der Dunkelheit verboten. Veränderung an den Grundstücken durften ohne Genehmigung nicht mehr vorgenommen

werden. Mit der Einrichtung des Schutzstreifens erfolgte die Schließung zahlreicher Gaststätten, Erholungsheime und Pensionen. Strecken der Brockenbahn mussten eingestellt werden, da sie nicht mehr durch westliches Gebiet fahren durfte.

Bewohner des Sperrgebiets bekamen keine Interzonenpässe mehr. Ebenso erhielten Personen aus Westdeutschland ab sofort keine Einreisegenehmigung in den 5-km-Streifen. Um die Empörung der Bevölkerung im Keim zu ersticken, wurde in einer gezielten Aktion die Zwangsumsiedlung von sogenannten „feindlichen, kriminellen und verdächtigen Elementen“ aus dem Schutzstreifen veranlasst. Unter dem Namen „Aktion Ungeziefer“ wurden 11.000 Bewohnern innerhalb weniger Tage und unter unwürdigen Umständen, teilweise mit Einsatz von Gewalt, aus ihrer dörflichen Heimat in grenzferne Orte gebracht.³ Sie verloren dabei nicht nur ihre Heimat und ihre Dorfgemeinschaft, sondern auch einen großen Teil an Hab und Gut. Etwa 3.000 Personen entzogen sich dieser Zwangsmaßnahme durch Flucht in den Westen.

Die Schließung der Grenze bedeutete auch die Unterbrechung zahlreicher Verkehrsverbindungen. Gesperrt wurden 32 Eisenbahnlinien, drei Autobahnen, 31 Fern- und Bundesstraßen, 80 Landstraßen 1. Ordnung, 60 Landstraßen 2. Ordnung sowie tausende Gemeindewege.⁴ Im Westen entstand so ein Zonenrandgebiet, das negative Wirkung auf die wirtschaftliche Lage in den grenznahen Gebieten und auf die Lebenswirklichkeit der Bewohner hatte. Mittels Förderprogrammen versuchte die Bundesregierung, die prekäre Situation der betroffenen Menschen in diesem Gebiet zu mindern. Auf der DDR-Seite wurde die Bevölkerung mit Sondervergünstigungen ruhig gestellt. Die Bewohner des Sperrgebietes erhielten Lohn- und Gehaltszuschläge, Steuererleichterungen, Rentenaufbesserungen. Außerdem wurden sie besser mit Konsumgütern versorgt.

Auch um Berlin gab es im Zuge der Grenzschießung ähnliche Einschnitte: 200 Straßen wurden unterbrochen. Damit waren knapp 75 % der Verkehrsverbindungen zwischen West-Berlin und dem Umland nicht mehr nutzbar. Zwischen dem Bezirk Potsdam und West-Berlin wurde an verschiedenen Stellen ein Kontrollstreifen umgepflügt; zahlreiche private Grundstücke, häufig Eigentum von West-Berlinern, wurden durch die Grenzsicherung vereinnahmt. Entschädigungszahlungen an Grundstückseigentümer und Zwangsumgesiedelte fielen gering aus oder erfolgten überhaupt nicht. Zusätzlich zu den Maßnahmen an den Demarkationslinien

³ Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Berlin 1994.

⁴ Zu diesen und den folgenden Angaben siehe Ritter/Lapp, 2006, S. 24.

wurde eine Unterbrechung der Telefonleitungen und der Stromleitungen zwischen Ost- und West-Berlin vorgenommen. Die DDR strebte eine getrennte Infrastruktur für Ost-Berlin an. Die Fluchtbewegung ebte jedoch nicht ab. Die meisten Flüchtlinge suchten ihren Weg über die weiterhin offenen Sektorengrenzen in Berlin. Insbesondere innenpolitisch brisante Situationen wie während der Kollektivierung der Landwirtschaft oder bei dem forcierten Aufbau des Sozialismus im Vorfeld des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 bewegten viele DDR-Bürger zur Flucht. Um den Flüchtlingsstrom zu bewältigen, eröffnete die Bundesregierung 1953 in West-Berlin das Notaufnahmelager Marienfelde. Hier und in weiteren Aufnahmelagern hatten die Flüchtlinge ein Notaufnahmeverfahren zu durchlaufen, das bei Anerkennung als Flüchtling eine Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft befördern sollte.⁵

Im November 1953 beschlossen die Westmächte ihrerseits die Aufhebung des Interzonenpasszwanges und verzichteten auf die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen. Damit gab es von westlicher Seite keine Reisebeschränkungen mehr. Das DDR-Passgesetz von 1954 stellt dagegen die sogenannte Republikflucht unter Strafe.⁶ Das Strafmaß umfasste eine Haftstrafe bis zu drei Jahren. Ende 1957 erfolgte eine weitere Verschärfung der Bestimmungen, nun sind auch die Vorbereitung oder der Versuch der Republikflucht strafbar.⁷ Ebenso erfolgt eine Einschränkung bei der Bewilligung von Westreisen durch die DDR-Behörden. Bestimmte Alters- und Berufsgruppen, so z.B. Studenten, bekamen keine Genehmigungen mehr für eine Reise in die Bundesrepublik oder ins westliche Ausland.

Das Chruschtschow-Ultimatum und die 2. Berlinkrise

Im Herbst 1958 löste der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow mit einem Ultimatum an die West-Alliierten die 2. Berlin-Krise aus. Er forderte die „Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freie Stadt“, die entmilitarisiert sein müsste und in „deren Bestehen sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten einmischen dürfe“.⁸ Sollten die Alliierten diesen Forderungen zu einer Übereinkunft nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nachkommen, würde er die geplanten Maßnahmen mit der DDR verwirklichen und dieser einseitig Souveränität zugestehen. Chruschtschow wollte die Schwachstelle Berlin als Hebel für seine politischen Ziele nutzen und die Anerkennung der durch den 2. Weltkrieg geschaffenen Situation in Europa zementieren. Außerdem zielte sein

⁵ Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland, Berlin-Brandenburg 2005.

⁶ Passgesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. September 1954, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 S. 786.

⁷ Eisenfeld, Bernd/Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau, Bremen 2001, S. 25-28.

⁸ Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001, S. 41.

Vorstoß darauf, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern und das westdeutsche Militärpotential zu reduzieren. Sein Vorschlag, Berlin zu einer „Freien Stadt“ zu machen, bezweckte die Aufhebung des Viermächtestatus und ließ den Westen befürchten, dass die Sowjetunion die Stadt letztlich doch in ihren Machtbereich integrieren würde. Auf alle Fälle wollte Chruschtschow damit das Schlupfloch Berlin schließen und das Flüchtlingsproblem unter Kontrolle bekommen. Die Sowjetunion strebte zu diesem Zeitpunkt keine Wiedervereinigung mehr an. Die West-Alliierten waren aber nicht bereit, ihre Rechte aufzugeben und wiesen den Vorschlag zurück. Der Vorstoß der Sowjetunion führte zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und wiederum zum Anwachsen der Fluchtwelle. Viele Bewohner der DDR fürchteten, der Fluchtweg über Berlin würde endgültig verloren gehen.

In diese gespannte Situation fiel das Treffen der beiden Staatschefs John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien. Chruschtschow drängte auf den Abschluss eines Friedensvertrages und drohte wiederum, diesen einseitig mit der DDR zu vollziehen, wenn die USA nicht bereit wären, auf seinen Vorschlag einzugehen. Auch der Bundesrepublik würde man separat einen Friedensvertrag anbieten. Damit wäre dann der Kriegszustand beendet und alle aus der Kapitulation rührenden Verpflichtungen hinfällig. Dies betreffe sämtliche Besatzungsrechte und auch den Zugang nach Berlin, einschließlich der Luftkorridore. Chruschtschow drohte, jede Verletzung der dann entstandenen Souveränität der DDR würde als Kriegserklärung gewertet.

Kennedy machte dagegen deutlich, dass eine Aufgabe der Verpflichtungen aus dem Ergebnis des Krieges und ein Verlassen Berlins die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Partner in die USA erschüttern würden und er aus politischer Verantwortung dem nicht zustimmen könne. Es gehe nicht um Berlin, sondern um ganz Westeuropa und um die Sicherheit der USA, für die Berlin ein wichtiger strategischer Punkt sei. Kennedy wollte das politische Kräftegleichgewicht der Nachkriegsordnung aufrechterhalten, dessen Verschiebung er für gefährlich hielt. Die beiden Vertreter der Großmächte trennten sich in Wien, ohne eine Einigung gefunden zu haben.

Bei einer Rede an die Nation am 25. Juli 1961 benannte Kennedy noch einmal die drei Essentials, die von Seiten der USA für West-Berlin galten und verteidigt würden: das Recht auf die Präsenz der Westmächte in der Stadt, das Recht auf den freien Zugang zur Stadt und die Existenzsicherung von West-Berlin und seiner Bewohner. In einer groß angelegten Informationskampagne wurden diese Essentials weltweit bekannt gemacht. Kennedy

formulierte sie ausdrücklich für West-Berlin, jedoch nicht für Gesamtberlin, wie es dem Sonderstatus entsprochen hätte. Diese Tatsache führt teilweise zu der Vermutung, dass Kennedy damit der Sowjetunion signalisiert hätte, die Grenzschießung zu akzeptieren.

Die DDR vor dem Mauerbau

Mit Beginn der Sommerferien stieg die Fluchtwelle aus der DDR steil an. Viele nutzten die Gelegenheit, ihre Flucht als Urlaubsfahrt zu tarnen. Sie reagierten damit sowohl auf die außenpolitische Situation als auch auf die dramatische Wirtschaftslage und die drastischen Versorgungsprobleme, die sich immer weiter zuspitzten.⁹

In einer Propagandaoffensive stellte die SED die Fluchtbewegung als gezielte Abwerbung aus dem Westen dar. Zur Verhinderung von Fluchten gründeten sie in den Betrieben „Komitees gegen den Menschenhandel“. Angebliche „Menschenhändler“ wurden in inszenierten Prozessen zu hohen Strafen verurteilt. Mit diesem Vorgehen versuchte die SED davon abzulenken, dass die Flüchtlinge aus freiem Willen die DDR verließen. Angegriffen wurden auch sogenannte Grenzgänger; Menschen, die im Ostteil der Stadt oder im Berliner Umland wohnten und ihren Arbeitsplatz in West-Berlin hatten. Sie wurden auf den Bahnhöfen verschärft kontrolliert, teilweise wurde ihnen der Ausweis entzogen, so dass sie nicht mehr ihren Arbeitsort in West-Berlin aufsuchen konnten. Die Anzahl der Grenzgänger war aufgrund des Wirtschaftsgefälles zwischen West- und Ost-Berlin vor dem Mauerbau auf 56.000 angestiegen.¹⁰ Die Vergünstigungen der Grenzgänger, die einen Teil ihres Lohns in Westmark ausgezahlt bekamen, wurden propagandistisch genutzt, um Neid und Missgunst unter der Bevölkerung zu schüren und das rigide Vorgehen staatlicher Stellen gegen die Grenzgänger zu rechtfertigen. Der in Westgeld ausgezahlte Lohnanteil sollte einem Zwangsumtausch unterliegen, viele Leistungen in der DDR fortan mit Westmark beglichen werden. Anfang August wurden die Grenzgänger dazu gedrängt, ihre Arbeitsstellen in West-Berlin aufzugeben und sich in DDR-Betrieben arbeitssuchend zu melden.

Die Propaganda der SED zielte darauf, West-Berlin als gefährlichen Krisenherd im Ost-West-Konflikt anzuprangern. Sie unterstellte der Bundesregierung intensive Kriegsvorbereitungen mit dem Ziel, die DDR und Teile Polens erobern zu wollen.

⁹ Zur Fluchtentwicklung und zu den Motiven für eine Flucht siehe Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge: Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005. Dokumente zum Mauerbau und seiner Vorgeschichte in: Camphausen, Gabriele/Nooke, Maria: Die Berliner Mauer. Ausstellungskatalog, Dokumentationszentrum Berliner Mauer, Dresden 2002.

¹⁰ SBZ-Archiv Jg. 12 (1961) S. 234ff.

Die zunehmenden Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Grenzgänger und die heftige Propagandakampagne in der DDR ließen im Westen die Erkenntnis reifen, dass es nicht bei einzelnen Schikanen bleiben würde. Eine Fernsehrede Nikita Chruschtschows am 7. August 1961 weckte bei Beobachtern die Befürchtung, dass umfassende Sperrmaßnahmen an der Berliner Grenze zu erwarten seien. Man rechnete aber damit, dass die Maßnahmen sich auf den „Ring um Berlin“ beziehen würden. Niemand kam auf die Idee, die Stadt könnte innerstädtisch abgeriegelt werden. Das war eine völlige Fehleinschätzung, wie sich bald zeigen sollte.

Entscheidungen zum Mauerbau und Vorbereitung der Grenzschließung

Der Vorschlag, durch Berlin eine Stacheldrahtbarriere zu ziehen, wurde von Ulbricht nach Aussagen des tschechoslowakischen Verteidigungsministers, der 1968 in den Westen überlief, bereits auf der Warschauer-Pakt-Tagung im März 1961 vorgetragen.¹¹ Vor diesem Hintergrund ist Ulbrichts Ausspruch auf der Pressekonferenz am 15. Juni 1961 zu verstehen, niemand habe die Absicht eine Mauer zu bauen. Auch die Tatsache, dass schon große Mengen an Baumaterialien wie Zaunpfähle und Stacheldraht in Berlin lagerten, um solche Abspermaßnahmen zu realisieren, deutet auf längerfristige Planungen hin. Dennoch fiel die Entscheidung zur Grenzschließung erst unmittelbar vor dem entscheidenden Tag. Vom 3. bis 5. August 1961 fand in Moskau eine Konferenz der Parteiführer der Warschauer Pakt-Staaten statt, auf der auch die Probleme des Friedensvertrages und West-Berlins diskutiert wurden. Walter Ulbricht wurde von den Genossen wegen des langsamen Wirtschaftswachstums und der hohen Konsumausgaben in der DDR heftig kritisiert. Ulbricht bekräftigte seine Position, die offene Grenze zu West-Berlin sei als Ursache zu sehen und verlangte eine umgehende Abriegelung. Chruschtschow favorisierte bis zuletzt die Friedensvertragslösung, die aus seiner Sicht zum Jahresende 1961 realisiert werden sollte. Die Warschauer-Pakt-Staaten befürchteten jedoch unkalkulierbare Wirtschaftssanktionen bei einer Grenzschließung, die sich nicht nur auf die DDR auswirken würde. Es gab für die Lösung des Problems nur zwei Möglichkeiten: Die vollständige Kontrolle aller Zugangswege nach West-Berlin, auch der Luftkorridore – oder der Mauerbau. Da die komplette Kontrolle der Luftwege nicht realisierbar war, wurde auf Drängen von Ulbricht die sofortige Grenzschließung beschlossen.

¹¹ Eisenfeld/Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau, Bremen 2001, S. 41.

Das zentrale Argument für die Entscheidung war die brisante wirtschaftliche Lage der DDR und der täglich anwachsende Flüchtlingsstrom. Nach der Rückkehr Walter Ulbrichts von der Moskauer Konferenz begann das Politbüro der SED sofort mit der Umsetzung des in Moskau gefaßten Beschlusses. Volkskammer, Ministerrat und Ost-Berliner Magistrat verabschiedeten am 10. und 11. August Beschlüsse zur Vorbereitung der Grenzschießung, die im Wortlaut von der SED vorgegeben wurden. Nur die wichtigsten Genossen an den Schaltstellen der Macht wurden eingeweiht, um die geplanten Maßnahmen so lange wie möglich geheim zu halten. Parallel zu den logistischen Vorbereitungen lief die Propaganda auf Hochtouren, um die Bürger auf die einschneidenden Maßnahmen vorzubereiten. So beschwor Ulbricht auf einer Großveranstaltung Gefährdungen durch einen Angriff aus dem Westen, gegen den sich die DDR zu schützen habe. Dabei ging es der SED-Führung mit der geplanten Grenzschießung nicht um den Schutz der DDR-Bürger vor dem Westen, sondern um die Unterbindung des freien Zugangs nach West-Berlin. Das Ziel war die Stabilisierung der DDR.

Der Haupteinsatzstab stand unter Leitung des ZK-Sekretärs Erich Honecker. Er koordinierte das komplexe Vorgehen zur Grenzschießung. Beim Ministerium für Nationale Verteidigung wurde eine Operative Gruppe gebildet, in deren Händen die Durchführung der Aktion lag.

In der Nacht zum 12. August legte die SED-Führung die Einsatzpläne den sowjetischen Diplomaten und Militärs vor. Für die Abriegelung der Grenze war der Einsatz von Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Betriebskampfgruppen vorgesehen. Einheiten der NVA hatten in der zweiten Linie in Bereitschaft zu stehen, um im Ernstfall einen Angriff aus West-Berlin aufzuhalten. Eine dritte Sicherungsstaffel bildeten sowjetische Truppen am Ring von Berlin. Mit der innenpolitischen Absicherung des Mauerbaus war das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt. Die Aktion firmierte unter den Namen „Aktion Rose“ und „Aktion Ring“ und galt flächendeckend für das gesamte Gebiet der DDR. Die Ergebnisse der intensiven Beobachtung der Bevölkerung waren in den ersten beiden Tagen in stündlichen Berichten an das Ministerium weiterzugeben. Sämtliche Post im grenzüberschreitenden Verkehr wurde einer Kontrolle unterworfen, der Telefonverkehr nach Westdeutschland war komplett zu unterbrechen. Es galt, eine totale Überwachungssituation herzustellen.

Die Abriegelung der Grenze und Folgen des Mauerbaus¹²

Am Sonntag, dem 13. August um 1.00 Uhr nachts begann die systematische Abriegelung der 160 km langen Grenze um West-Berlin. Mitglieder der Volks- und Grenzpolizei sowie Angehörige von Betriebskampfgruppen der DDR postierten sich entlang der innerstädtischen Demarkationslinie. Die Einsatzkräfte hatten 30 Minuten Zeit, um die 81 Straßenübergänge zu blockieren. Um 1.30 Uhr wurden die Bahnhöfe besetzt und der Nahverkehr zwischen den beiden Stadthälften dauerhaft unterbrochen. Lediglich der Bahnhof Friedrichstraße blieb als Umsteigebahnhof für den Intersektorenverkehr nutzbar. Auch die Reisezüge aus dem Westen endeten ab sofort an dieser Station.

Die pioniertechnische Absperrung der Straßen hatte in drei Stunden zu erfolgen. Das Straßenpflaster wurde aufgerissen, Gleisverbindungen getrennt, Spanische Reiter errichtet, Stacheldraht gezogen. Um 6.00 Uhr morgens, als die Stadt zu erwachen begann, war alles abriegelt. Nur zwölf Straßenverbindungen blieben vorerst offen, an denen ein kontrollierter Wechsel zwischen den Stadteilen noch möglich war. In den Tagen danach reduzierten sie sich auf acht Übergänge, an denen strenge Kontrollen eingeführt wurden.

Am 15. August, zwei Tage nach der Abriegelung der Sektorengrenzen, beschloss der Nationaler Verteidigungsrat der DDR den pioniermäßigen Ausbau der Grenzanlagen. In der Nacht vom 17. auf den 18. August begannen Bautrupps, die Stacheldrahtsperrern durch eine Mauer aus Hohlblocksteinen und Betonplatten zu ersetzen. Die Bauarbeiter von Berlin standen nun doch – entgegen der Behauptungen Ulbrichts zwei Monate zuvor – an der Grenze und wurden zur endgültigen Abriegelung der Stadt eingesetzt. Die Mauer wurde von Tag zu Tag unüberwindlicher.

Die Bewohner in Ost und West nahmen die Situation fassungslos zur Kenntnis. Wütend und ohnmächtig standen sie sich an den Stacheldrahtsperrern und der wachsenden Mauer gegenüber. Angehörige der Kampfgruppen und Volkspolizisten hielten die Menschen auf der Ostseite mit Maschinengewehren in Schach. Wer protestierte, wurde verhaftet. Auf der Westseite sammelte sich eine erregte Menge. Um eine Eskalation der Situation und unkalkulierbare Entwicklungen zu verhindern, war die West-Berliner Polizei angehalten, die Menschen von der Grenze fern zu halten.

Von einem Tag auf den anderen änderte sich das Alltagsleben der Stadt und ihrer Bewohner. Zehntausende Berliner Familien wurden durch den Mauerbau auseinandergerissen,

¹² Zum Mauerbau und seinen Folgen siehe Hertle, Hans-Hermann: Die Berliner Mauer – Monument des Kalten Krieges. The Berlin Wall – Monument of the Cold War, Berlin, 2008. Umfangreiche Informationen und Dokumente auf www.chronik-der-mauer.de

Liebespaare getrennt, Freundschaften zerstört und Nachbarschaften beendet. Zahllose Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, ihre Lebensgrundlage, ihre Perspektive. Unbeschreibliche menschliche Tragödien spielten sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit ab. Wo es noch möglich war, überwandten die Menschen die Stacheldrahtsperrren, durchbrachen mit Fahrzeugen die Sperranlagen oder sprangen aus den Grenzhäusern in die Sprungtücher der West-Berliner Feuerwehr. Im September und Oktober wurden unmittelbar an der Grenze gelegene Häuser zwangsgeräumt und mehr als 2.000 Bewohner aus ihren Wohnungen vertrieben. Auch an der innerdeutschen Grenze gab es im Rahmen der „Aktion Festigung“ wiederum Zwangsaussiedlungen.

Politische Reaktionen

Die Welt hielt den Atem an. Würde sich der Westen das massive Vorgehen an der empfindlichsten Stelle des Eisernen Vorhangs gefallen lassen? Zwar prangerte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, die Grenzschießung bereits am 13. August in seiner Erklärung als „empörendes Unrecht“ an, konnte aber nichts anderes tun als die Schutzmächte anzurufen.¹³ Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer geißelte den offenen Bruch des Viermächteabkommens durch die Machthaber der Sowjetzone und versicherte, am Ziel der deutschen Einheit festzuhalten.¹⁴ Adenauer geriet aber wegen seiner Zurückhaltung in die Kritik, zumal er der Sowjetunion zusicherte, keine Schritte zu unternehmen, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern könnten. Die Situation war angespannt und Befürchtungen, unmittelbar vor einem Krieg zu stehen, kamen auf.

Am 16. August 1961 versammelten sich nahezu 300.000 Berliner vor dem Schöneberger Rathaus im Westteil der Stadt. Sie forderten energische Reaktionen der Westmächte und Garantien für West-Berlin. Denn die Alliierten reagierten zurückhaltend und beschränkten sich auf verbale Proteste. Auf den Inschriften der Transparente wurde der Unmut der Bevölkerung offensichtlich: „70 Stunden ohne Tat - weiß der Westen keinen Rat?“ oder „Papierner Proteste

¹³ www.chronik-der-mauer.de, Chronik, 13. August 1961, Dokument: Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, auf einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses, 13. August 1961.

¹⁴ Siehe Erklärung von Bundeskanzler Adenauer zum Mauerbau am 13. August 1961 auf: www.bpb.de/themen, Geschichte der Mauer, Adenauer zum Mauerbau. Zur Kritik an Adenauer siehe Steininger 2001, S. 277-279.

stoppen keine Tanks“¹⁵ verdeutlichten die Befürchtungen, vom Westen aufgegeben worden zu sein. Willy Brandt erhob in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten die Forderung: "Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen." An den Osten gerichtet, "an alle Funktionäre des Zonenregimes, an alle Offiziere und Mannschaften" appellierte Willy Brandt in seiner Rede: „Lasst euch nicht zu Lumpen machen! Zeigt menschliches Verhalten, wo immer es möglich ist, und vor allem, schießt vor allem nicht auf eure eigenen Landsleute!"

Präsident John F. Kennedy schickte zur Beruhigung der West-Berliner Bevölkerung und zur Demonstration seiner Verlässlichkeit für die Insel-Stadt den amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson sowie den ehemaligen Organisator der Luftbrücke, General Lucius D. Clay, am 19. August 1961 nach West-Berlin. Einen Tag später wurde die amerikanische Garnison in West-Berlin durch 1.500 Soldaten verstärkt. In seinem Antwortschreiben an Willy Brandt betonte Präsident Kennedy: „Da dieses brutale Schließen der Grenze ein deutliches Bekenntnis des Versagens und der politischen Schwäche darstellt, bedeutet dies offensichtlich eine grundlegende sowjetische Entscheidung, die nur durch Krieg rückgängig gemacht werden könnte.“¹⁶ Die Westmächte wollten keinen Krieg riskieren und mussten zwangsläufig die sowjetische Machtsphäre respektieren. Die deutsche Teilung schien nun auf Dauer vollzogen. Mit dem Bau der Mauer war die Krise um Berlin aber noch nicht beendet. Als Ende Oktober 1961 Mitarbeiter der amerikanischen Verwaltung an der Einreise in den Ostsektor gehindert wurden, fuhr am 27. Oktober 1961 an der Grenzübergangsstelle „Checkpoint Charlie“ demonstrativ amerikanische Panzer auf. Wenig später standen ihnen sowjetische Panzer gegenüber. 16 Stunden dauerte die Demonstration der Stärke, dann zogen sich – wie in geheimen Verhandlungen vereinbart – zuerst die russischen Panzer zurück und dann die amerikanischen. Der Weltöffentlichkeit wurde deutlich, dass die Vereinigten Staaten auf ihren Rechten in Berlin bestanden, an der Teilung der Stadt jedoch nichts ändern konnten. Die amerikanische Garantie für die Sicherheit und Freiheit West-Berlins wurde beim Besuch Präsident Kennedys am 26. Juni 1963 in der Stadt bekräftigt. Die Berliner jubelten ihm zu, als er sie in seiner Rede mit dem Ausspruch „Ich bin ein Berliner“ seiner Verbundenheit versicherte.

Flucht und Fluchthilfe nach dem Mauerbau

Am 15. August flüchtete der 19jährige Grenzpolizist Conrad Schumann über den Stacheldraht in den Westen. Der junge Schäfer aus Zschochau in Sachsen war am 12. August mit seiner

¹⁵ Zum Ablauf der Kundgebung und zu den im Folgenden zitierten Redeauszügen siehe www.chronik-der-mauer.de, Chronik, 16. August 1961.

¹⁶ Ebd., Chronik, 18. August 1961, Dokument: Brief des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy an den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, 18. August 1961.

Polizeieinheit nach Berlin verlegt worden und hatte nun die Sperranlagen an der Bernauer Straße zu bewachen. Zweifel über den Sinn seines Tuns bewegten ihn zum Sprung in die Freiheit. Conrad Schumann war der erste von über 2.500 Grenzsoldaten, die sich durch eine Flucht in den Westen dem Grenzdienst entzogen und den Einsatz der Schusswaffe gegen Landsleute verweigerten.

Zehn Tage nach dem Mauerbau fielen die ersten tödlichen Schüsse an der Grenze. In den Nachmittagsstunden des 24. August 1961 versuchte der 24jährige Günter Litfin über die nahe der Charité gelegene S-Bahntrasse nach West-Berlin zu flüchten.¹⁷ Wie so oft hatte der junge Schneider, der in West-Berlin lebte und arbeitete, das Wochenende bei seiner Familie im Ostteil verbracht und war durch die Grenzschießung überrascht worden. Nun suchte er einen Weg, um an seinen Arbeits- und Lebensort zurückkehren zu können. Als sein Fluchtversuch von Grenzposten entdeckt war, sprang er in das Wasser des Humboldthafens und bewegte sich schwimmend auf das West-Berliner Ufer zu. Durch Sperrfeuer versuchten die Grenzposten den wehrlosen Schwimmer von seinem Vorhaben abzubringen und schossen dann gezielt auf seinen Kopf. Von einer Kugel getroffen ging er unter und wurde kurze Zeit später tot aus dem Wasser geborgen. Günter Litfin war der erste Flüchtling, der an der Grenze erschossen wurde. Und er blieb nicht der einzige. Bis zum Fall der Mauer versuchten Flüchtlinge immer wieder, trotz der tödlichen Bedrohung die Sperranlagen zu überwinden.

In den ersten Tagen nach dem Mauerbau durften Bewohner von West-Berlin noch den Ostteil der Stadt betreten. Diese Möglichkeit nutzten sie spontan, um Freunde, Verwandte oder Bekannte mit West-Berliner Ausweisen durch die Kontrollen an den verbliebenen Übergängen zu schleusen. Am 23. August wurde für West-Berliner ein Passierscheinzwang für Besuche in Ost-Berlin eingeführt. Da die Alliierten aus hoheitlichen Gründen und in Übereinstimmung mit dem West-Berliner Senat einer Einrichtung von DDR-Passierscheinstellen in West-Berlin nicht zustimmten, wurde diese Regelung schon am 25. August hinfällig. Bis zum ersten Passierscheinabkommen im Dezember 1963 gab es nun keine direkten Kontaktmöglichkeiten mehr zwischen den Bewohnern der beiden Stadthälften. Nur noch Besitzer von westdeutschen Pässen oder Ausländer konnten die Grenzübergänge passieren – oder Flüchtlinge, die mit gefälschten oder „geborgten“ Pässen ausgestattet durch die Kontrollen gingen. Andere flüchteten durch die Kanalisation nach West-Berlin – bis auch hier durch den Einbau von Gittern in den begehbaren Kanälen die Grenze unterirdisch abgesperrt war. Die Phantasie für das

¹⁷ www.chronik-der-mauer.de /Opfer der Mauer/1961.

Finden von Fluchtwegen kannte keine Grenzen.¹⁸ Überall wurde nach Schlupflöchern und undichten Stellen gesucht. Mit dem Interzonenzug fuhren Flüchtlinge als getarnte Ausländer zu den Fähren nach Skandinavien. Autos wurden umgebaut, Menschen in Koffern versteckt, Diplomaten als Fluchthelfer gewonnen, Wege über osteuropäische Staaten gesucht oder Ballons gebaut. Spektakulär waren die Grabungen von Fluchttunneln unter den Grenzanlagen.¹⁹ Die unterirdische Wühltätigkeit hatte 70 Tunnelprojekte zur Folge, von denen jedoch nur ein viertel erfolgreich genutzt werden konnte. Es gab Verhaftungen und Todesopfer unter den Fluchthelfern. Jeder Fluchtweg, der bekannt wurde, führte zur Verschärfung der Kontrollen oder zur Perfektionierung der Grenzanlagen.

Ausbau und Perfektionierung der Grenzanlagen

Bis Mitte der 1960er Jahre wurde die Mauer im innerstädtischen Bereich mit Betonquadern und Hohlblocksteinen gebaut, auf denen Y-förmige Abweiser aus Stacheldraht angebracht waren. In den Bereichen zwischen West-Berlin und dem Umland gab es anstelle der Mauer auch Streckmetallzäune. Je nach der örtlichen Lage und Unübersichtlichkeit wurde mit der Zeit ein gestaffelter Grenzstreifen eingerichtet, der mit zwei- oder dreireihigen Stacheldrahtverhauen, Panzersperren, Stolperdrähten, Hundelaufanlagen und Wachtürmen komplettiert war. Im Juni 1963 erfolgte entlang der Grenze auf der Ost-Berliner Seite die Einrichtung eines bis zu mehrere Hundert Meter breiten Grenzgebietes, das von Bewohnern und Besuchern nur mit Passierscheinen betreten werden durfte. Es begann an der sogenannten Hinterlandmauer, die den Todesstreifen nach Osten begrenzte und für die DDR-Bürger die eigentliche Grenze bildete.

Ab Mitte der 1960er Jahre erfolgte der Ausbau der Grenzanlagen nach einheitlichen militärischen Plänen. Der Mauer der ersten und zweiten Generation folgte nun die Mauer der dritten Generation, die aus übereinander geschichteten Betonplatten in einer Höhe von 3,40 m bestand. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde schließlich die sogenannte „Grenzmauer 75“ errichtet. Sie bestand aus industriell gefertigten stahlbewehrten Betonplatten mit einem T-förmigen Fuß und 3,60 m Höhe. Dieser Mauertyp war aufwändig auf Stabilität und Unüberwindbarkeit getestet worden und begrenzte als vorderes Sperrelement den Todesstreifen Richtung Westen. Der Todesstreifen war 15 bis 150 Meter breit und bestand aus einem gestaffelten System von Sperrelementen. Er war zum Ende der 1980er Jahre von Ost

¹⁸ Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989.

¹⁹ Arnold, Dietmar/Kellerhoff, Sven Felix: Die Fluchttunnel von Berlin, Berlin 2008; Nooke, Maria: Der verratene Tunnel. Geschichte einer verhinderten Flucht im geteilten Berlin, Bremen 2002.

nach West folgendermaßen aufgebaut: Dem nach Osten gerichteten Hinterlandzaun oder der Hinterlandmauer folgte in kurzer Entfernung ein Signalzaun mit mehreren unter elektrischer Spannung stehenden Drähten, an dem bei Berührung Alarm ausgelöst wurde. Teilweise war der Signalzaun einen halben Meter in die Erde versenkt, um ein Unterkriechen zu verhindern. Es folgte der Abschnitt mit Erdbunkern und Beobachtungstürmen der Grenztruppen, die in Sichtweite voneinander entfernt standen und von einem Postenpaar besetzt waren. Davor verlief ein Kolonnenweg, auf dem sich die Grenztruppen bewegten. Der Kolonnenweg wurde von einer Lichttrasse gesäumt, die den geharkten Sandstreifen bis zur weiß gestrichenen Mauer ausleuchtete. So waren auch im Dunkeln immer gute Sichtverhältnisse gegeben und das Schussfeld erkennbar. Unmittelbar vor der Mauer befand sich der KfZ-Sperrgraben, der so angeschrägt und mit Betonplatten befestigt war, dass ein Fahrzeug schon hier zum Stehen kam. Sollte es doch bis an die Mauer gelangen, fuhr es auf den Betonfuß der Mauer auf und stabilisierte sie durch das eigene Gewicht. Auf der Mauerkrone lag eine Rohraufgabe, die verhinderte, beim Überklettern mit den Händen Halt zu finden. An unübersichtlichen Stellen wurde zusätzlich eine Hundelaufanlage installiert. Sie bestand aus einem parallel zum Signalzaun gespannten Drahtseil, an dem entlang sich ein angebundener Kettenhund bewegen konnte.

Die Grenze um West-Berlin war im Jahr 1989 insgesamt 156,4 km lang, davon verliefen 43,7 km zwischen den beiden Stadthälften und 112 km zwischen West-Berlin und dem Bezirk Potsdam. Nach einer Aufstellung der Grenztruppen bestand der Grenzabschnitt aus 63 km bebautem, 32 km bewaldetem und 22,65 offenem Gelände sowie aus 37 km Wassergrenze. Entlang der Grenze stand auf 41,91 km die Grenzmauer 75, weitere 58,95 km bestanden aus der Mauer der dritten Generation in Plattenbauweise und 68,42 km wurden durch Streckmetallzaun begrenzt. Die Lichttrasse hatte eine Länge von 161 km und der Signalzaun umfasste 113,85 km. Im Todesstreifen gab es 186 Beobachtungstürme und 31 Führungsstellen der Grenztruppen. Der Zugang nach West-Berlin konnte über 13 Straßengrenzübergänge, 4 Eisenbahngrenzübergänge und 8 Wasserstraßengrenzübergänge erfolgen, die alle gut abgesichert waren.²⁰

Schießbefehl und Todesopfer

Nicht die schwer überwindbaren Sperranlagen und auch nicht die Unterstützung der Grenzposten durch Volkspolizei, Staatssicherheit, inoffizielle Mitarbeiter sowie freiwillige Helfer

²⁰ Vgl. www.chronik-der-mauer.de/Material/Statistiken, Dokument: Grenzsicherung in Berlin 1989, Auskunftsbericht zum Grenzkommando Mitte (GK Mitte) und der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin, März 1989.

der Grenzpolizei der Grenze waren die eigentliche Gefahr. Die tödliche Bedrohung bestand darin, dass auf Flüchtlinge geschossen wurde. Auch wenn Mitglieder der politischen und militärischen Führung der DDR noch bei den Gerichtsprozessen in den 1990er Jahren bestritten, dass es einen Schießbefehl gab, war das Töten an der Mauer offensichtliche Praxis.²¹ Formaljuristisch beinhalteten die Gesetze, Dienstvorschriften und Befehle zum Schusswaffengebrauch nur einen „Erlaubnistatbestand“ – nicht aber eine Verpflichtung zum Töten. Dennoch führte die ausdrückliche Anweisung an die Grenztruppen, jeglichen Fluchtversuch zu verhindern und Grenzverletzer zu vernichten dazu, dass allein an der Berliner Mauer 136 Menschen zumeist durch den Einsatz von Schusswaffen zu Tode kamen. Unter den Todesopfern waren 98 Flüchtlinge, 30 Menschen aus Ost und West ohne Fluchtabsichten, die erschossen wurden oder verunglückten und 8 im Dienst getötete Grenzsoldaten. Die meisten der Opfer waren junge Männer im Alter zwischen 17 und 29 Jahren. Darüber hinaus starben mehr als 200 zumeist ältere Menschen im Besucher- und Reiseverkehr an den Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin.

Der letzte Flüchtling, der an der Mauer erschossen wurde, war der 21jährige Chris Gueffroy, der bei einem Fluchtversuch am 5. Februar 1989 am Britzer Zweigkanal zu Tode kam.²² Er hatte von einem Freund gehört, dass der Schießbefehl an der Mauer aufgehoben sei und wollte sich durch seine Flucht dem Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee entziehen. Während die vier Grenzsoldaten, welche die Flucht mit tödlichen Schüssen zum Scheitern brachten, mit dem Leistungsabzeichen der Grenztruppen und 150 Mark ausgezeichnet wurden, verurteilte man den schwer verletzten Mitflüchtling zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Aufgrund des großen internationalen Druckes erließ Erich Honecker am 3. April 1989 die Aufhebung des Schießbefehls. Für Chris Gueffroy kam diese Anweisung zu spät.

Humanitäre Bemühungen im Zeichen der Entspannungspolitik

Trotz der tödlichen Bedrohung und vieler gescheiterter Fluchtversuche gelang es in den 28 Jahren der Teilung Deutschlands 40.101 Menschen, aus der DDR in den Westen zu fliehen. 5.075 der Flüchtlinge überwandern die Sperranlagen in Berlin.²³ Um die unmenschliche Situation der Trennung zu mildern, wurde von Seiten der Politik nach humanitären Lösungen für die betroffenen Menschen gesucht. Im Dezember 1963 handelte der West-Berliner Senat mit den

²¹ Hertle, Hans-Hermann/Nooke, Maria: Todesopfer an der Berliner Mauer. Kooperationsprojekt des Vereins Berliner Mauer und des ZZF, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 34-35 (2005); Hertle, Hans-Hermann/Sälter, Gerhard: Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes, in: DeutschlandArchiv 39 (2008) H. 4.

²² www.chronik-der-mauer.de / Opfer der Mauer/1989.

²³ Diese und folgende Angaben siehe Hertle 2008, S. 57 und S. 84.

DDR-Behörden ein Passierscheinabkommen aus, das es West-Berlinern erstmals nach dem Mauerbau ermöglichte, ihre Verwandten in Ost-Berlin zu besuchen. In der Zeit vom 19. Dezember bis zum 5. Januar nahmen 730.000 Bürger diese Möglichkeit in Anspruch, insgesamt wurden 1,2 Mio. Besuche registriert. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es der Bundesrepublik im gleichen Jahr, die ersten politischen Gefangenen aus der DDR freizukaufen. Bis zum Ende der DDR konnten so 33.755 aus politischen Gründen Inhaftierte in die Bundesrepublik übersiedeln. Dafür waren hohe Kopfgelder zu zahlen.²⁴ Auch eine Reiseregelung für DDR-Rentner konnte 1963 erreicht werden. Der eigentliche Durchbruch erfolgte im Zuge der neuen Ostpolitik. Die DDR drängte danach, als völkerrechtlich gleichberechtigter Partner auf der internationalen Bühne akzeptiert zu werden. Dafür musste sie sich auf humanitäre und politische Zugeständnisse einlassen. 1972 wurde im Zuge der Ostverträge eine neue Regelung für Besuchsreisen von West-Berlinern in die DDR getroffen. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass in dringenden Fällen auch für Ostdeutsche Verwandtenbesuche im Westen möglich waren. In Folge der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki im Jahr 1975 beriefen sich zahlreiche DDR-Bürger auf die KSZE-Schlussakte und forderten für sich das individuelle Freiheitsrecht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes durch einen Ausreiseantrag ein. Die Fluchtwelle war mit der Installierung von Minen und Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze rapide zurückgegangen. Nun entwickelte sich ab 1975 eine Ausreisewelle.²⁵ Allein im Jahr der KSZE-Konferenz gab es 20.000 Anträge auf Ausreise aus der DDR, die Tendenz blieb steigend. Um die Ausreisewünsche zurückzudrängen wurde der Staatssicherheitsapparat gezielt ausgebaut. Angesichts des hohen innenpolitischen Drucks ließ die DDR-Führung 1984 in einer gezielten Aktion 21.000 Antragsteller ausreisen und löste zur Abschreckung eine Verhaftungswelle aus. Die Hoffnung, damit das Problem gelöst zu haben, bewahrheitete sich nicht. Sprunghaft stiegen angesichts der erfolgreichen Ausreisegesuche die Antragszahlen. Auch als 1986 die Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger in den Westen weiter gelockert wurden und Verwandtenbesuche nun in größerem Maß möglich wurden, ging der Wunsch nach Ausreise nicht zurück, sondern stieg wiederum sprunghaft an. Der Unmut der DDR-Bevölkerung war angesichts der sich zuspitzenden Wirtschaftslage und der täglichen Indoktrination rapide angewachsen.

²⁴ Zum Häftlingsfreikauf siehe Rehlinger, Ludwig: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten. Frankfurt/M. & Berlin 1991.

²⁵ Zur Geschichte der Ausreisebewegung siehe Eisenfeld, Bernd: Macht und Ohnmacht. Ausreise aus der DDR, in: Hertle, Hans-Hermann/Jaraus, Konrad/Klessmann, Martin: Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 223-236.

Friedliche Revolution und Mauerfall²⁶

1989 hatte sich die innenpolitische Situation der DDR dramatisch zugespitzt. Die wirtschaftliche Lage war desaströs und die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs stetig. Die DDR stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Seit Mitte der 1980er Jahre waren oppositionelle Gruppierungen entstanden und hatten sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Die DDR-Opposition versuchte, gegen das Meinungsmonopol der SED eine Gegenöffentlichkeit zu etablieren und strebte eine Demokratisierung der Gesellschaft an. Mit Interesse schauten die DDR-Bürger auf die Sowjetunion, in der Michail Gorbatschows einen Reformprozess begonnen hatte. Seine Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ ermöglichte eine bis dahin undenkbbare Diskussion der Probleme und zielte auf eine verstärkte Eigenverantwortung, um die gravierenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Obwohl Gorbatschow mit seiner marktwirtschaftlichen Öffnung die Grundlagen der sozialistischen Planwirtschaft unterhöhlte, war sein eigentliches Ziel, den Kommunismus zu verbessern. Außenpolitisch gab er die Breshnew-Doktrin auf, die den Warschauer-Pakt-Staaten nur beschränkte Souveränität zugestanden hatte und der Sowjetunion das Recht zum militärischen Eingreifen bei Gefährdung des sozialistischen Systems. Nunmehr gab Gorbatschow den Ostblockstaaten zu verstehen, dass sie ihre Angelegenheiten eigenständig zu regeln hatten. In Polen konstituierte sich vor diesem Hintergrund im Februar 1989 der Runde Tisch, der den Übergang vom sozialistischen Staat zu den ersten demokratischen Wahlen im April gestaltete. Die ungarische Annäherung an den Westen führte dazu, dass am 2. Mai 1989 demonstrativ der Abbau des Grenzzauns begann und der „Eiserne Vorhang“ sein erstes Loch bekam. Im Sommer 1989 sammelten sich Tausende von Fluchtwilligen, die über Ungarn in den Westen ausreisen wollten. Am 10. September 1989 gab die ungarische Regierung die Öffnung der Grenze bekannt und der Flüchtlingsstrom setzte sich in Bewegung.²⁷ Da die DDR-Führung die Reisemöglichkeiten nach Ungarn eingeschränkt hatte, wurden nun die Botschaften in Prag und Warschau besetzt. Während sich in den Botschaften die Lage dramatisch zuspitzte, gründeten sich in der DDR neue Bürgerbewegungen und neue Parteien. Sie setzten der Forderung „Wir wollen raus“ ihren Wahlspruch entgegen: „Wir bleiben hier“ – um das Land zu reformieren.

Unter dem Druck des Flüchtlingsproblems musste die DDR schließlich einer Ausreise zustimmen. Am 30. September 1989 gab der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland,

²⁶ Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 8. Auflage, Berlin 1999; Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/1990, München 2008; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

²⁷ Oplatka, Andreas: Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009.

Dietrich Genscher, den Botschaftsbesetzern unter großem Jubel ihre Ausreise bekannt. Die DDR hatte sich allerdings ausbedungen, dass die Züge mit den Flüchtlingen über das Territorium der DDR geführt wurden, um sie formal ausbürgern zu können. Als die Flüchtlingszüge durch Dresden fuhren, demonstrierten 5.000 Dresdner vor dem Hauptbahnhof. Es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen die Polizei brutal gegen die Demonstranten vorging und 1.300 von ihnen verhaftete. Trotz dieser aufgeheizten Situation feierte die DDR-Führung den 40. Jahrestag der DDR, während das Volk vor den Toren gegen die Regierung protestierte. Als am 9. Oktober in Leipzig 70.000 Menschen demonstrierten und die Einsatzkräfte sich angesichts der Menschenmassen zurückhielten, war die Entscheidung gefallen. Der Ruf „Wir sind das Volk“ breitete sich in Windeseile aus, Montagsgebete und Demonstrationen fanden nun in vielen Orten der DDR statt. Am 4. November demonstrierten eine halbe Million Menschen gegen die Regierung und forderten demokratische Erneuerungen. Am 18. Oktober wurde Honecker im Politbüro gezwungen, zurückzutreten. Doch immer noch hielt der Flüchtlingsstrom an. Die tschechische Regierung setzte die neue DDR-Führung unter Druck, eine Lösung gegen die Fluchtwelle zu suchen. Fieberhaft wurde eine Reiseverordnung entworfen, die in erster Linie das Problem der unkontrollierten Fluchten durch eine Regelung zur ständigen Ausreise aus der DDR klären sollte. Gleichzeitig war man bemüht, Besuchsreisen zu erleichtern.

Am 9. November 1989 gab das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer internationalen Pressekonferenz die neuen Regelungen bekannt. Danach konnten DDR-Bürger ohne Vorliegen von Gründen die Ausreise aus der DDR beantragen. Dies sollte auch für Besuchsreisen möglich sein. Auf die Frage eines Journalisten, ab wann diese Regelung gelte, war Schabowski nicht vorbereitet. Ein Blick auf seinen Sprechzettel, den er von Krenz bekommen hatte, und dann kam die entscheidende Antwort: „sofort, unverzüglich“²⁸ Wenig später meldeten die westlichen Nachrichten, die Mauer sei offen. Noch am gleichen Abend sammelten sich Tausende DDR-Bürger an den Grenzübergängen. Niemand gab den Diensthabenden Informationen oder Anweisungen. Niemanden interessiert es, dass nach der neuen Regelung eigentlich Pässe und Visa beantragt werden sollten. An der Bornholmer Brücke wurden die Angehörigen der Passkontrolle von Tausenden von Menschen immer mehr bedrängt. Sie sahen keinen Ausweg mehr – nur die sofortige Öffnung des Grenzüberganges. Unter dem Druck der Massen fiel die Mauer noch in dieser Nacht und „Wahnsinn“ wurde zum schönsten Wort des Jahres 1989.

²⁸ Zitiert nach Hertle 1999, S. 145.

Abriss der Grenzanlagen

Mit dem Fall der Mauer war das Schicksal der Grenzsperrren besiegelt. Schon in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1989 wurden zwischen der Bernauer Straße und der Eberswalder Straße die ersten Segmente aus der Mauer gebrochen und ein neuer Grenzübergang eingerichtet. Innerhalb kurzer Zeit war die Mauer an vielen Stellen durchlässig. Dem begeisterten Tanz auf der Mauer folgte die private Aneignung des verhassten Bauwerks, das seine Funktion endgültig verloren hatte. Mit Werkzeugen ausgerüstet begannen die Berliner und Besucher der Stadt, die Mauer zu zerstören und sich ein Erinnerungszeichen an das historische Ereignis für zu Hause zu sichern. Fast zeitgleich begann der organisierte Rückbau der Grenzanlagen. Schon im Dezember 1989 beschloss der Ministerrat der im November gebildeten DDR-Übergangsregierung in Übereinstimmung mit dem Magistrat von Ost-Berlin, die Mauer abzureißen. Die Spuren des brutalen Einschnitts in die Stadt sollten so schnell wie möglich beseitigt werden. Der Abriss betraf nicht nur die 45.000 Mauerelemente, sondern auch die weiteren Elemente des Grenzsicherungssystems. Am 1. Juli 1990, als mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion die Kontrollen an der Grenze endgültig eingestellt wurden, waren bereits über hundert grenzüberquerende Straßen von den Sperranlagen befreit und konnten dem Verkehr zurückgegeben werden. Die letzten Elemente der innerstädtischen Mauer wurden im November 1990 entfernt.

Der zügige Abriss entsprach dem politischen und gesellschaftlichen Konsens: „Die Mauer muss weg“. Die Berliner wollten das verhasste Bauwerk nicht mehr vor Augen haben, die Stadt sollte wieder eins sein. Während Institutionen und Einzelpersonen aus anderen Ländern sich einzelne Segmente der Mauer sicherten und diese als Erinnerungszeichen an die Periode des Kalten Krieges und die Überwindung der Blockkonfrontation in aller Welt aufstellten, sollten in Berlin die Spuren getilgt werden.

Nur wenige Stimmen votierten in dieser Zeit für den Erhalt eines Teils der Grenzanlagen, um nachfolgenden Generationen ein Stück der Geschichte anschaulich zu erhalten. Exemplarisch sollte dies in der Bernauer Straße erfolgen, die durch ihre dramatische Geschichte in den Tagen des Mauerbaus Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden ist.

Heute kündigt ein 212 m langes Stück der Grenzanlagen, das weitgehend in seiner Tiefenstaffelung erhalten geblieben ist und zum Denkmal gestaltet wurde, von der Geschichte der geteilten Stadt und den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft.

Veröffentlicht in: Kaminsky, Anna (Hg.): Die Berliner Mauer in der Welt, herausgegeben im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, 2009, S. 8-23.